

## M18: Nicht zynisch werden - Neues Jahrhundert, neuer Anlauf

Gespeichert von Editoram/um 18.07.2015 - 20:42

Zum Stand der antikapitalistischen Revolte nach dem 18. März 2015 in Frankfurt

Wie wenig wir von dieser Gesellschaftsordnung samt ihren Verteidiger\*innen halten, haben wir nicht so sehr am 18. März selbst gemerkt, als man sich wieder einmal die Kippe an brennenden Barrikaden anzünden konnte, sondern am Morgen danach, als wir die Zeitung aufschlugen. In den bemühten Verurteilungen des Riots, dem ?brennende Streifenwagen sind Bilder, wie sie kein Mensch mit Verstand wollen kann? (Frankfurter Rundschau), schien die Angst durch, es könnten da draußen einige mit Verstand unterwegs sein, die die Sache etwas anders sehen. Die wissen, dass die Gewalt nicht das Andere dieser Ordnung, sondern ihr verdrängtes Geheimnis, die Bedingung ihrer Existenz ist. Tatsächlich waren einige Tausend aus ganz Europa am frühen Morgen des 18. März in Frankfurt unterwegs, um deutlich zu machen, dass sie nicht nur nicht einverstanden, sondern auch ganz praktisch bereit sind, mit dem nationalen Konsens in Deutschland zu brechen. Mit unterschiedlichen Aktionen haben sie ? trotz einiger idiotischer Manöver ? gezeigt, dass es auch mal die richtigen treffen kann.<sup>1</sup> Und trotz medialem Shitstorm kamen am Abend über 20.000 Menschen in Frankfurt zu einer Demonstration zusammen und zeigten, dass es selbst in Deutschland wichtigeres gibt als heile Fensterscheiben. Die Frage, wie man ?so etwas? in Zukunft verhindern und den Protest möglichst keimfrei gestalten kann, überlassen wir gern den Bürokrat\*innen des Bestehenden auf beiden Seiten der Barrikade. Verwunderlich ist weniger, dass es mal knallt, als dass es das gemessen am herrschenden Wahnsinn viel zu selten tut.

Inzwischen aber, drei Monate später, ist der Wahnsinn einfach weitergegangen. Im Mittelmeer sind über viertausend Menschen ertrunken. Über viertausend mehr. Die militärische Abschottung des Kontinents, wie sie die Europäische Union gerade umsetzt, wird dabei ganz sicher nicht weniger Tote produzieren. Im Gegenteil. Nicht, dass das nicht zu Diskussionen geführt hätte. Aber kaum jemand ist gegen diesen Horror auf die Straße gegangen, keine Regierung in Europa, die deswegen auch nur um ihre Macht fürchten müsste. Die Leute wissen als treue Staatsbürger\*innen ihrer Nationen vermutlich eben zu gut, dass die Voraussetzung für den Fortbestand des hiesigen Wohlstandes unter den gegebenen Umständen die Einbunkerung Europas ist, auch wenn das Mittelmeer zum Massengrab wird. Und nichts, aber auch gar nichts scheint diesem Zynismus des Weiter-so etwas anhaben zu können. Die wiederkehrenden Betroffenheitsrituale sind selbstverständlicher Teil des Programms und bedrohen den Fortgang der Dinge nicht. Das Schauspiel in der Öffentlichkeit ist immer des Gleiche: Ein paar gehen demonstrieren, für den Rest scheint alles weit weg und die meisten Leute fühlen sich nicht einmal gemeint.

Ähnlich liegt die Sache bei Griechenland: Die Griech\*innen sollen bestraft werden, damit Europa erzogen wird. Selbst ein schüchternes linkssozialdemokratisches Reformprogramm, wie das von Syriza, wurde von

der Bundesregierung unter der 'eisernen Kanzlerin' und ihrer Troika schon im Ansatz abgewürgt. Längst geht es dabei nicht mehr ums Geld. Vielmehr soll eine 'gewisse protestantische Vorstellung von Glück' fleißig, sparsam, maßvoll, ehrlich, eifrig, enthaltsam, bescheiden, diskret sein? (Unsichtbares Komitee) gegen jede andere durchgesetzt werden. Der autoritäre Wettbewerbsstaat deutscher Provenienz soll zum europäischen Exportschlager werden. Alles in allem sind das schlechte Nachrichten. Für alle nämlich, die andere Interessen haben, die eher teilen als sparen, die sich eher unterhalten als kein Wort zu verlieren, die eher kämpfen als zu erdulden, die eher ihre Siege feiern als sich zu verteidigen, die eher Kontakt aufnehmen als ihre Reserviertheit zu pflegen? für all jene also, denen es so geht wie uns. Denn die so richtige Spiegel-Online-Frage nach den EZB-Protesten? 'Was ist mehr wert: Ein deutscher Streifenwagen oder das Leben eines griechischen Rentners???' ist mal wieder beantwortet. Nur eine andere Frage bleibt offen, und kein Riot wird sie beantworten: Was tun mit dieser Gesellschaft? und der eigenen Ohnmacht?

## **Für einen anderen Modus des Politischen**

Die Bürgerkriegsfans vom Unsichtbaren Komitee haben zwar ebenso recht, wenn sie zitieren: 'Es gibt keine andere Welt, nur eine andere Art zu leben.' Doch es bleibt nur die Frage: Wie? Noch der schönste Riot lässt sich nicht auf Dauer stellen, und selbst ein kurzer Aufstand am Morgen hat mitunter einen hohen Preis. Das Ganze ist kein Spiel, und unser Genosse Fede saß wirklich im Knast. Wir alle wissen insgeheim, dass die Variante, das alles immer wieder, nur eben das nächste Mal in Berlin oder in Mailand oder sonst wo zu wiederholen, das Problem nicht lösen wird. Weil die Wut so berechtigt ist, wie sie zum bloßen Symptom unserer Ohnmacht wird, weil sie uns beschäftigt hält, ohne dass wir aus dem Kreisverkehr der Empörung ausbrechen. Dass die 'Armee auf den Straßen' der Sieg des Aufstandes sein soll, wie das Unsichtbare Komitee meint, war zudem schon immer Unsinn. Dafür braucht man nicht nach Syrien zu schauen, und man weiß es auch nicht erst seit Frankfurt: Die bloße Eskalation des sozialen Konfliktes taugt nicht als Ziel einer radikalen Linken, weil es am Ende auf die immer gleiche putschistische Zuspitzungsphantasie hinausläuft, die mit ein paar Gewaltbildchen schon ganz zufrieden ist. Wer sich aber außer dem finalen Zusammenbruch und der Brutalisierung des Konfliktes nichts mehr vorstellen kann, der hat sich im selbsterklärten Außen der Gesellschaft schon zu gut eingerichtet. Das hat viel mit der Schützengrabenromantik eines Ernst Jünger und wenig mit dem Auffinden und Zuspitzen der Widersprüche in Hier und Jetzt zu tun. Am Ende des Tages ist jeder Riot nur so gut, wie die gesellschaftliche Organisation und deren Verankerung im Alltag, die dahinter aufscheint. Und in dieser Hinsicht hat der 18. März gezeigt, wie viel Luft nach oben noch über unseren Köpfen und wie viel Platz noch zwischen uns und der Gesellschaft ist. Man könnte es auch erfolgreiches Scheitern nennen.

Aus diesem Grund halten wir, so sehr wir uns über den 18. März gefreut haben, unsere politische Entscheidung für die Beteiligung am Blockupy-Bündnis nach wie vor für strategisch richtig und politisch wichtig. Gerade mit Blick auf die sozialen Kräfteverhältnisse in diesem Land. Denn eine großzügig ausgelegte Form des zivilen Ungehorsams erscheint uns derzeit eine geeignete Möglichkeit, sowohl eine Zuspitzung der Debatte über die örtlichen Zumutungsverhältnisse zu erreichen, wie auch die gesellschaftliche Isolation der Kritik zu beenden. Nicht damit wir 'massentauglich' werden, sondern damit wir mehr Menschen hier, im Herzen des Hamsterrades, zum Dagegensein ermutigen. Es würde also darum gehen, einen neuen Modus des Politischen zu entwickeln, jenseits von Abgrenzung als Selbstzweck als auch von Parteimassentauglichkeit. Denn weder 'Abgrenzung' noch 'Masse' sind ein Zweck an sich. Vielmehr geht es darum, den nationalistischen Kitt, der diese Gesellschaft wie kaum ein anderer immer noch zusammenhält, auf breiter Front antikapitalistisch zu zersetzen. In diesem Sinne kann ziviler Ungehorsam zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung ermutigen, an der nicht nur agile junge Menschen in Turnschuhen teilnehmen können. Das macht, wenn es gut läuft, Risse im Beton sichtbar. Denn die Bilder zeigten die Gewalt des entspanntesten Gewaltmonopolisten, der je deutsche Pässe ausgegeben hat (den

Kessel), die prinzipielle Angreifbarkeit der herrschaftlichen Inszenierungen (die Paintbombs an der Fassade der EZB), immer aber das Versprechen auf ein anderes, besseres Leben (uns).

Der Versuch der Entwicklung einer breite(re)n Bewegung gegen die deutsche Politik setzt allerdings voraus, zugleich antagonistisch und anschlussfähig zu sein. Wer angesichts der aktuellen Situation in Europa ernsthaft meint, der entscheidende Punkt sei nun, die Zuspitzung in die linken Milieus statt in die Gesellschaft selbst zu tragen, folgt einem Ritual identitärer Selbstbespaßung, das sich für radikal halten mag, tatsächlich jedoch kaum Potential für gesellschaftliche Veränderung bietet. Stattdessen würde es darum gehen im Wissen um die Unterschiede einen Zustand der praktischen Kooperationsfähigkeit herzustellen, und vor dieser Aufgabe werden wir alle ? auch als radikale Linke ? in Zukunft weiterhin stehen. Wir dürfen uns dafür nicht zu schade sein, mit anderen politischen Gruppen und gesellschaftlichen Milieus ins Gespräch zu kommen, im Gespräch zu bleiben und Zusagen verbindlich umzusetzen, ohne dabei an politischer Schärfe und Radikalität einzubüßen. Auch aus diesem Grund ist die für viele so anrühige Bündnisarbeit wie bei Block für uns wichtig und der dort stattfindende, so mühselige wie mitunter nervige Verständigungsprozess ein radikales Unterfangen ? radikaler jedenfalls, als vom gefahrlosen Ort des Schreibtisches aus einsame Texte zu produzieren, die auf Geschichte warten. Oder zweimal im Jahr auf Auswärtsfahrt zu fahren und zwischendrin mit dem Mitmachen weiterzumachen.

### **Autoritärer Wettbewerbsstaat ? german style**

So wenig man angesichts des deutschen Pazifismus als spontaner Massenideologie Kopfnote für gute oder schlechte Protestkultur vergeben sollte, so wenig kann man also Radikalität an der Zahl kaputter Fensterscheiben messen lassen. Davon abgesehen ist es einfach zu retro, heute noch im Gestus der unversöhnlichen Kritik vom schlechten Ganzen zu reden und gleichzeitig auf die Negation der Verhältnisse qua Polit-Hooliganismus zu hoffen. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Hauptaufgabe der Gesellschaftskritik darin bestand, an die Verwerfungen der kapitalistischen Ökonomie und die verschüttete Idee des Kommunismus zu erinnern. Seit längerem ist in allen Talkshows und Zeitungen dieses Landes angekommen, dass mit der Weise, wie die Menschen wirtschaften und sich zueinander verhalten, etwas nicht stimmt. Wofür allerdings kein Platz ist, ist eine grundsätzliche Erwägung der Ursachen des gesellschaftlichen Missstands. Gesellschaftskritik wird heute nur so gut sein, wie sie in der Lage ist, konkret die Irrationalität der Verhältnisse und ihre Überwindbarkeit plausibel zu machen.

Was daher jetzt ansteht, ist nah am Schweinesystem dranzubleiben und die nächste Stufe der Auseinandersetzung einzuläuten. Dabei müsste es darum gehen, mehr als bisher eine Gesellschaftskritik zu entwickeln, die allgemein ist, ohne dabei im schlechten Sinne abstrakt zu bleiben ? insofern, dass zwar viele zustimmen, dass ?der Kapitalismus? irgendwie schlecht ist, daraus aber dann doch wenig folgt, außer eben verschwörungstheoretisches Geraune oder der Zynismus des Bescheidwissens beim Mitmachen. Wie eine solche Praxis aussehen kann, auch darüber wird zu reden sein. Sicherlich kann es aber nicht einfach darum gehen, durch die krasseren Aktionen oder eine größere Anschlussfähigkeit voranzukommen, sondern wohl noch am ehesten dadurch, dass wir beginnen, den Alltag dieser Gesellschaft umzukrempeln ? und unser Leben gleich mit. Wer jetzt nur nach der richtigen ?Aktionsform? sucht, wahlweise damit alle mitmachen können oder um dem Schweinesystem mal wieder so richtig den Spiegel vorzuhalten, sieht den Wald vor Bäumen nicht. Schließlich werden brennende Mülltonnen wie friedliche Sitzblockaden in Griechenland durchaus als solidarischer Akt verstanden ? aber in Deutschland werden sie von der schweigenden Mehrheit als Bedrohung erlebt, wie die griechische Bevölkerung selbst auch. Das liegt nicht nur an der BILD-Propaganda, sondern vor allem daran, dass Griechen und Deutsche im Stahlkorsett der europäischen Konkurrenzordnung real gegeneinander ausgespielt werden. Die politische Aufgabe liegt daher jetzt weniger darin, eine endgültige Aktionsform zu finden, als darin, gemeinsame Interessen gegen diese Ordnung zu organisieren. Die Mechanismen des Weltmarktes und der kapitalistischen Ordnung im

Blick zu behalten, kann dabei davor bewahren, allzu enttäuscht zu sein, wenn die Deutschen als objektive Krisenprofiteure sich in unschöner Regelmäßigkeit immer wieder auf die Seite ihrer nationalen Schicksalsgemeinschaft schlagen und ihr Herz für Griechenland lieber nicht bei der nächsten Sitzblockade gegen die von ihnen selbstgewählte Regierung entdecken, sondern nur beim nächsten Rhodos-Trip2.

Vielversprechender als ein neuer linker Populismus, wie er so manchem hiesigen Syriza- und Podemos-Fan hierzulande vorschwebt, wäre daher eine Klärung der Interessen. Die aber ist ohne eine grundsätzliche antinationale Kritik nicht zu haben. Man nehme nur die deutschen Gewerkschaften als Beispiel. In den letzten zwei Jahren ist in Deutschland so viel gestreikt worden wie selten zuvor. Insbesondere die Spartenwerkschaften wie Cockpit oder GDL machen den Deutschen vor, dass ein Streik sehr wohl in der Lage ist, Lohnerhöhungen durchzusetzen, man dafür aber mal den Standort Standort sein lassen muss, und inzwischen traute sich sogar Verdi mit einem Poststreik vor. Unabhängig davon aber setzt der Großteil der mitgliederstarken Gewerkschaften, im Einklang mit einem beträchtlichen Teil ihrer Basis, nach wie vor auf die national-korporatistische Karte ? unbeeindruckt davon, dass der beschworene ?soziale Friede? selbst hierzulande längst aufgekündigt ist (auch wenn sich die Kollateralschäden des Wirtschaftskrieges in der BRD eher in der psychischen Verheerung angestrenzter Trostlosigkeit als im Hungertod zeigen). Mit den deutschen Kindergärtner\*innen solidarisch zu sein und gleichzeitig die harte Knute für Griechenland zu fordern, ist hier kein Widerspruch. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrem partnerschaftlichen Verhältnis zum Wettbewerbsstaat insofern nicht einmal so sehr, weil ihr Apparat korrupt ist, sondern weil ihnen der deutsche Spatz in der Hand immer noch näher ist als die griechische Taube auf dem Dach. Dass nun ausgerechnet Teile der Gewerkschaftslinken nach dem 18. März dem Blockupy-Bündnis Bedingungen für eine weitere Zusammenarbeit und gemeinsame Proteste diktieren wollen (Friede! Freude! Eierkuchen!), ist insofern nur ein halber Witz. Denn bei einem Großteil von ihnen hat es bekanntlich in den letzten Jahren nie zu mehr als rhetorischer Solidarität mit den griechischen ?Arbeitnehmer\*innen? gereicht. Und das hat eben jene handfesten national-korporatistischen Gründe. Warum also sollten sie heute empfänglicher sein für Diskussionen um Aktionsformen, die einer praktischen Solidarität gesellschaftlich zur Durchsetzung verhelfen könnten, an der sie selbst kaum Interesse zeigen? Gegen die in dieser ungleichen Partnerschaft von Kapital und Arbeit zum Ausdruck kommende, mehrfach gestaffelte Institutionalisierung des Bösen, scheint uns eine Organisierung alltäglicher Bedürfnisse jenseits der bestehenden Formen von Lohnarbeit, Zwangsfreizeit und Politikbetrieb vielversprechender. Was selbstverständlich die fröhliche antinationale Zersetzungspraxis und Ermutigung zur Arbeitsniederlegung an der Basis der Gewerkschaften keineswegs ausschließt. Ob man dieses Projekt dann am Ende sozialer Streik oder sonst wie nennt, ist nicht wichtig. Nur dass es darum jetzt gehen muss, das scheint uns doch klar.

## **Solidarität weil ich**

Gleichzeitig bleibt es aber wichtig, immer wieder laut und öffentlich zu widersprechen. Denn das Vorgehen der Krisenverwalter in Griechenland und vielleicht bald in Spanien lässt sich nicht nur schön plastisch auf den Begriff der organisierten Erpressung bringen. Das zynische ?Friss und stirb trotzdem?, unter dem die griechische Bevölkerung leidet und dessen Opfer politisch so billigend in Kauf genommen werden wie die Toten im Mittelmeer, ist überall in Europa längst zum allgemeinen Prinzip der autoritären Krisenverwaltung geworden, wenn auch auf unterschiedlich niedrigem Niveau. In Sachen Griechenland hat sich spätestens mit dem ?Kompromiss? vom 13. Juli gezeigt, wie weit die Gewaltmonopolist\*innen der Europäischen Union prinzipiell mit ihren Krisenlösungen bereit sind zu gehen ? und das hängt auch in Zukunft wesentlich davon ab, wie weit sie gehen können. Für alle, die etwas anderes vom Leben wollen als das angsterfüllte Rennen, Rackern und Rasen um ein immer kleineres Stück vom Kuchen, ist es daher zentral, die praktische Solidarität mit den Betroffenen zu suchen. Nicht um Grußbotschaften geht es dabei, sondern um präventiven Selbstschutz aus richtig verstandenem Egoismus: Alles kommt derzeit darauf an, inwiefern es uns gelingt,

den Angriff gegen die Bevölkerung in Südeuropa durch etwas Trouble an der Heimatfront zu behindern. Auch und gerade nach dem 13. Juli. Auch und gerade angesichts des diffusen Gefühls, wieder mal eine Schlacht verloren zu haben.

Die Organisierung des öffentlichen Widerspruchs ist dabei nicht das Gegenteil der Verankerung im Alltag. Denn so wie eine punktgenaue Mobilisierung des Dagegenseins, der Überflüssigen und Ausgestiegenen, der Wütenden und Unsichtbaren gegen die Inszenierungen der Macht nur Event bleibt, wenn sie den Abgrund zum Alltag nicht überwindet, so ist es ebenso zu wenig, den sozialen Interessen nur unmittelbar Ausdruck verleihen zu wollen. Denn selbst wenn man die sozialen Kämpfe gegen dies und das radikalisiert, weisen sie nur aus sich selbst heraus, eben nicht über sich selbst hinaus. Dass Lenin mit der Partei die falsche Antwort gleich mitgeliefert hat, als er das Problem des ?tradeunionistischen Bewusstseins? bürgerlicher Interessenskämpfe benannt hat, macht die Suche nach einer Lösung dafür nicht überflüssig. Denn die in vielen ?Alltagskämpfen? gemachten radikalen Erfahrungen sind eben leider oft recht kurzlebig, weil die gesellschaftliche Herrschaft der falschen Freiheit samt ihren Verkehrsformen am Ende des Tages noch immer stärker war als jede noch so gutgemeinte Basisinitiative. Eine Klärung und Organisierung der Bedürfnisse im Alltag braucht daher ihre politische Vermittlung in einem Projekt, das auf eine emanzipatorische Aufhebung der Konstellation zielt, in dem sich die begrenzten Interessen, Identitäten und die Konflikte zwischen ihnen ja überhaupt erst immer wieder ergeben. Wie antikapitalistische Zuspitzung unter solchen Bedingungen aussehen kann, die sich nicht einfach mit den berühmten ?Interventionen in Alltagskämpfe? zufrieden gibt, auch darüber wird zu reden sein.

Zusammenkommen und an Dynamik gewinnen könnte dieses Vorhaben im Kampf für etwas, das den Horizont der klassischen Linken nach wie vor übersteigt. Denn das wäre etwas, dem man weder mit der abstrakten Theorie des Kapitals noch mit der dürren Formel von ?sozialer Gerechtigkeit? und ?guter Arbeit? näherkommen wird. Die sozialpsychologischen Kollateralschäden der Degradierung der meisten Menschen in diesem Land zu Standortameisen sind für die Einzelnen so gravierend, wie sie ein Ansatzpunkt sein könnten. Der massive Anstieg der Burnout-Rate zeigt auch an, dass selbst im Auge des Sturms etwas schwelt. Und wo etwas schwelt, da lässt sich bekanntlich hin und wieder ganz einfach ein größeres Feuer legen.

## **Von nichts kommt nichts**

Wie kommen wir da hin? Zum einen braucht es wohl noch etwas Zeit zum Nachdenken und Orte zum Diskutieren. Denn unsere Vorstellungen von einer anderen Einrichtung der Gesellschaft, die wir gegen den aktuellen Wahnsinn von Staat, Nation und Kapital setzen, sind ? diplomatisch formuliert ? noch ausbaufähig. So lange es nicht ganz unrealistisch scheint, dass es im Fall des Aufstandes keine Pizzen mehr in den Tiefkühltruhen geben wird, weil nicht nur die Logistik der Macht, sondern auch die der Tiefkühlpizzen zusammenbricht, wird die Mehrheit der Menschen aus durchaus nachvollziehbaren Gründen nicht mitmachen. Gelegenheiten zum Austausch und zur Entwicklung von Konzepten sollten wir daher schaffen und ernstnehmen ? und uns nicht einreden lassen, dass das nur etwas für Extremisten und abgedrehte Nerds ist. Denn als die können heute tatsächlich eher ?diejenigen Apologeten kapitalistischer Herrschaft bezeichnet werden, die dieses zu einem Schlachthaus der Menschheit mutierende System immer noch als alternativlos und als die ?beste aller möglichen Welten? bezeichnen. Die Suche nach einer praktischen Systemalternative stellt hingegen das einzig Vernünftige, Mittlere, Gemäßigte dar: Es ist ein Unterfangen, dem sich ein jeder Spießler zu verschreiben hätte, der sich Sorgen um die Zukunft seiner Kinder macht ? und der erkannt hat, dass deren Abrichtung zu Mobbingmaschinen, wie sie jetzt in der Mittelklasse gang und gäbe ist, ihnen keine lebenswerten Zukunftsperspektiven eröffnen wird? (Tomas Konicz). Natürlich meint das ein praktisches Denken im Konflikt und nicht die Bildung linksradikaler Exzellenscluster an der Universität oder im linken Wohnprojekt, aber das wissen wir ja alle. Vielmehr geht

es um Orte der theoretischen und praktischen Verständigung darüber, wie es jetzt weitergehen kann. Zugleich ? und auch damit sagen wir nichts ganz Neues ? muss diese Diskussion Bestandteil eines transnationalen Organisationsprozesses mit antinationaler Ausrichtung sein. Denn um mit der europäischen Krisenverwaltung praktisch Schritt halten und ihr immer wieder öffentlich in die Suppe spucken zu können, um an der unbefristeten Bestreikung des sozialen Alltags zu arbeiten, und um eben auch die Diskussion gesellschaftlicher Alternativen vorantreiben zu können, müssen wir so grenzübergreifend aufgestellt sein wie die gesellschaftliche Herrschaft.<sup>3</sup> Alles andere bleibt unter dem Niveau des Problems. Das Problem aber ist ernst und keines, was wir uns ausdenken, es ist eines dieser Wirklichkeit selbst ? und es drängt zu einer Lösung. Damit diese ? wenn sie dann kommt ? eine zum besseren wird, so wie es die allgemeinen Möglichkeiten des technologischen Wissens wie auch die konkreten Erfahrungen im gemeinsamen Widerstand mit Genoss\*innen aus ganz Europa und darüber hinaus längst andeuten, gibt es nur eins: #weitermachen.

1 Der Auswertung des Blockupy-Koordinierungskreises haben einige Genoss\*innen aus eher autonomen Kreisen einige wichtige Punkte hinzugefügt. Ihrem lesenswerten Text können wir uns in vielem anschließen, auch wenn wir glauben, dass in Sachen funktionierenden Absprachen zwischen verschiedenen Aktionsformen und ?Blockadepunkten von denen keine Eskalation ausgeht? tatsächlich noch deutlich Luft nach oben ist.

2 Diese Mechanismen im Blick zu behalten kann übrigens auch davor bewahren der ?linken? Grexit-Debatte und damit gleich der nächsten Enttäuschung auf den Leim zu gehen. Denn unter den heutigen Bedingungen und Kräfteverhältnissen auf dem Weltmarkt gibt es keine nationalen Lösungen, höchstens eine entsprechend reaktionäre Elendsverwaltung mit realsozialistischem Charme ? auch wenn manche sich da inzwischen schon wieder eine Abkürzung wünschen.

3 Vor dem Hintergrund dieser einigermaßen banalen, aber wichtigen Einsicht, ist das Beyond Europe Camp, das im August bei Thessaloniki in Griechenland stattfindet, übrigens nicht nur eine attraktive Möglichkeit eine nächste Stufe der Holidarity mit zu erleben und das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, sondern fast schon ein Pflichttermin.



TOP B3rlin | Seit 2006

---

**Quelle:** <http://top-berlin.net/de/texte/aufrufe/m18-nicht-zynisch-werden-neues-jahrhundert-neuer-anlauf>